



Moral in der politischen Debatte?

Warum zu viel Moral ein Problem für die Demokratie ist

Von Univ.-Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler

Es scheint ein neuer Trend zu sein. Seit einigen Jahren werden **politische Forderungen** nicht mehr (nur) politisch, sondern **moralisch begründet**. Vor allem die Debatte um den Klimaschutz bietet viele Beispiele dafür. Das gilt etwa für die immer wieder aufflammende Diskussion über SUVs. Mit moralisch unterfütterter Empörung werden die Fahrer solcher Autos kritisiert, besser: geißelt. Umgekehrt empören sich die kritisierten Autofahrer. Sie fühlen sich in ihrer Freiheit eingeschränkt – und moralisch genauso im Recht wie ihre Kritiker. Ähnlich verlaufen die Diskussionen über Kurzstreckenflüge oder den Konsum von Fleisch. Wer genau hinschaut, findet in immer mehr Debatten moralische Argumente, die den Sachargumenten entgegengestellt werden. Das ist ein Phänomen, das weltweit zu beobachten ist.

Moralisierung als Rückfall

Die **moralische Einfärbung öffentlicher Diskussionen ist kein Fortschritt**. Sie ist ein trauriger **zivilisatorischer Rückschlag**. In archaischen Gesellschaften, in frühen und vormodernen Staaten waren Recht, Moral und Sitte alles eins. Moralische Normen waren Recht und wurden vom Staat mit Macht durchgesetzt. Spätestens mit der Aufklärung begann die Unterscheidung von Recht und Moral. Der Staat sollte für das Recht zuständig sein. Moral und Sitte – das war dagegen die Domäne von Gesellschaft und Kirche. Ganz so eindeutig ist die Lage allerdings auch heute nicht. Bis heute gibt es staatliche Rechtsnormen, die stark moralisch geprägt sind – etwa die Menschenrechte oder das Tötungsverbot im Strafrecht.

Trotzdem ist die grundsätzliche Trennung von Staat und Moral in den modernen Gesellschaften ein großer Gewinn an Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger. Denn staatliches Recht will nur das äußere Verhalten beeinflussen. Die Gedanken und Gefühle sind weiterhin frei. Moral dagegen zielt auf die inneren Einstellungen und Gesinnungen. Sie will Gedanken und Gefühle in den Griff nehmen. Das ist – jedenfalls potentiell – totalitär. Vor diesem Hintergrund wird klar: Zu viel Moral in der Debatte und der Politik bedroht die Freiheit.

Moral: Alles ist einfach

Für die zunehmende Moralisierung der öffentlichen Diskussion gibt es natürlich Gründe. Mit moralischen Argumenten lässt sich die komplexe Welt (scheinbar) leicht verstehen.

Wer – dank der Moral – immer genau weiß, was richtig und falsch ist, hat für jedes Problem schnell die richtige Lösung. Das ist psychisch und emotional ungeheuer entlastend. Eine mühsame Auseinandersetzung mit schwierigen Argumenten, die womöglich nicht ganz eindeutig sind?

Das ist nicht mehr nötig, wenn man nur die richtige Moral hat. Und natürlich ist die Moralkeule sehr effektiv, wenn man Interessen politisch durchsetzen will. Wer moralisch auf der richtigen Seite steht, muss mit weniger Widerstand rechnen. Im Gegenteil: Zustimmung und Unterstützung sind ihm sicher. Es kann ein sehr wirkungsvoller, aber perfider rhetorischer Trick sein, moralische Argumente ins Spiel zu bringen. **Kein Wunder, dass populistische Politiker jeglicher Couleur am liebsten moralisch argumentieren.** Durch (scheinbar) eindeutige moralische Urteile, lassen sich leicht und wirksam Wählerinnen und Wähler gewinnen.

Moral und Emotionen

Wenn Moral ins Spiel kommt, wird es **schnell emotional**. Denn es geht dann ja um richtig oder falsch, um gut oder böse, um Freund oder Feind, also um die ganz großen, sogar existentiellen Fragen. Das beleuchtet der neue Begriff der *Flugscham* ganz deutlich. Man schämt sich inzwischen, wenn man fliegt, obwohl es klimaschädlich ist. Wer sich nicht schämt, wird von anderen darauf hingewiesen, dass er sich gefälligst zu schämen hat. Scham ist eines der hässlichsten und unangenehmsten Gefühle, das Menschen kennen. Und ausgerechnet dieses Gefühl wird als Instrument in einer politischen Debatte eingesetzt? Das gibt der Auseinandersetzung eine ganz neue, negative Qualität. Ja, die Klimapolitik muss sich dringend ändern, in Deutschland und weltweit. Aber dafür brauchen wir sachliche, zielführende Debatten und vernünftige, durchdachte Strategien und Instrumente. Scham und Angst und andere negative Gefühle helfen überhaupt nicht weiter.

Moral – Problem für die Demokratie

Aber ist Moral nicht etwas Gutes? Macht moralisches Handeln nicht die Welt besser? Wäre eine Welt ohne Moral nicht furchtbar? Das mag im privaten Bereich oft so sein. Aber ob das immer so ist? Darüber ließe sich sicher streiten. In der öffentlichen Debatte sind moralisch aufgeladene Argumente schädlich. Langfristig gefährden sie sogar die Demokratie. Warum ist das so?

Das Gefühl, moralisch auf der richtigen Seite zu stehen, fördert die Intoleranz und – im schlimmsten Fall – die Aggressivität. Andere Ansichten, die von der eigenen Meinung abweichen, widersprechen automatisch der richtigen Moral, die man für sich in Anspruch nimmt. Damit sind sie nicht nur anders, sondern unmoralisch – und dürfen und müssen bekämpft werden. **Tolerieren ist keine Option mehr.** Die Diskussion ist zu Ende. Der Kampf beginnt.

Und das ist zutiefst undemokratisch. Denn Kompromisse zu suchen und zu schließen - das ist die hohe Kunst der Demokratie. Ohne Kompromisse lassen sich in einer modernen, freiheitlichen Gesellschaft keine Problemlösungen finden, mit denen sich möglichst viele Bürger identifizieren können. Anders als ein moralisch gefärbter Kampf kennen Kompromisse keine Sieger und Besiegten. Deshalb können die unterschiedlichsten Konfliktparteien nach einem Kompromiss weiter friedlich zusammenleben.

Aus der Perspektive der Moral sind Kompromisse sogar falsch. Wer moralisch auf der richtigen Seite steht, darf gar nicht nachgeben und einen Kompromiss schließen. Wer die moralische Pflicht erfüllt, das Klima zu retten, kann keine Kompromisse machen. Denn dann würde die Moral ja auf die Unmoral zugehen. Aus dieser Sicht ist der Kompromiss unmoralisch. Die Natur macht keine Kompromisse, ist ein neues Schlagwort in der Klima-Debatte. Das ist ein ungeschminkter Ausdruck dieses Denkens.

Moralische Argumente sind oft leidenschaftlich, sprechen tiefe Emotionen an und reißen mit. Demokratie ist nüchtern und vernünftig, um nicht zu sagen: langweilig. Ihr Unterhaltungswert ist in der Regel eher gering. Gerade deshalb ist sie das bessere politische Konzept.

Moral in der Ökonomik

Von Univ.-Prof. Dr. André Schmidt

Gegenstandsbereich der Ökonomik ist stets die Analyse von Tauschhandlungen. Diese Tauschhandlungen können sich sowohl auf materielle als auch immaterielle Güter beziehen. Sie beinhalten aber auch den Austausch politischer Güter, wie bestimmte Rechte, Regulierungen, Subventionen oder auch Steuerzahlungen. Dabei gilt in der Ökonomik stets die Grundannahme, dass freiwilliger Tausch, der in Freiheit durch Abwesenheit von Zwang stattfindet, stets zu einer **Verbesserung der Wohlfahrt** aller an der Tauschhandlung beteiligten Personen führt, denn niemand würde freiwillig in einen Tausch einwilligen, wenn er sich dadurch schlechter stellt. Grundvoraussetzung dafür ist, dass es zwischen den Tauschpartnern zu einem **fairen Austausch** kommt, in dem Sinne, dass sowohl die **Informationen**, die den Tausch betreffen, als auch die **Machtpositionen symmetrisch** verteilt sind. Nur dann ist eine Tauschhandlung fair und führt zu einer Verbesserung der Nutzenpositionen aller Beteiligten.

Die Annahme symmetrisch verteilter Macht- und Informationsstrukturen hat jedoch mit der realen Welt wenig zu tun. Asymmetrien sind der Normalzustand, aber dennoch kommt es zu Tauschhandlungen, welche die Wohlfahrts- und Nutzenpositionen der Tauschpartner positiv beeinflussen. **Dafür ist vor allem die Existenz von Moral verantwortlich.** Im ökonomischen Sinn ist **Moral ein gesellschaftlicher Grundkonsens**, der dafür sorgt, dass die Unsicherheit, die jedem Tauschgeschäft innewohnt, reduziert wird und damit vorteilhafte Tauschhandlungen ermöglicht werden. Regeln, Normen, Sitten, Gebräuche und letztendlich **Moralvorstellungen dienen damit der Steigerung der Effizienz von Gesellschaften.** Der Vorteil der Moral gegenüber vielen anderen expliziten Regeln ist dabei, dass sich die Regeln der Moral in der Gesellschaft selbst durchsetzen und nicht auf die Sanktionierung seitens öffentlicher oder privater Gerichte angewiesen sind. **Die Existenz von Moral ist daher für jede funktionierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine konstituierende Voraussetzung.** Eindrucksvoll hat dies *Thomas Hobbes* gezeigt. In einer Welt ohne sich selbst durchsetzende Moralvorstellungen, droht der Rückfall in den sogenannten **Naturzustand**. Ein **Gleichgewicht der Anarchie**, welches dazu führt, dass der Mensch dem Menschen ein Wolf ist (*homo homini lupus*).

Aus der überragenden Bedeutung, welche die Moral für die Funktionsweise von Wirtschaft und Gesellschaft besitzt, darf allerdings **kein Absolutheitsanspruch moralischer Wertvorstellungen** definiert werden - wie es leider in der jüngeren Vergangenheit immer stärker im öffentlichen und politischen Diskurs zu beobachten ist. Wer aus der Moral einen Absolutheitsanspruch zieht, übersieht, dass die **Moral immer nur eine Sache des Gefühls, der inneren Neigungen und des Taktes ist, nicht jedoch eine Sache der Vernunft.** Darauf hat bereits der Schottische Moralphilosoph *David Hume* aufmerksam gemacht. **Moral als Absolutheitsanspruch, das ist zutiefst amoralisch.** Damit werden objektive Abwägungen, wie sie für jede rationale Entscheidungen notwendig sind, durch subjektive Wertungen des Gefühls und der eigenen Neigungen substituiert. Somit wird die **eigene Wertung als moralisch wahres Faktum** interpretiert, was einer Selbsterhöhung der eigenen Ansichten gleichkommt und diese als **alternativlos** in den Diskurs einführt. Dieser Diskurs kann aber mittels rationaler Argumente nicht mehr gelöst werden, da subjektive Wertungen stets einer jeden auf Tatsachen basierenden Diskussion den Boden entziehen. Eine an objektiven Kriterien geführte Diskussion setzt stets voraus, dass zwischen **Wertungen und Tatsachen klar unterschieden werden muss.**

Genau diese Unterscheidung scheint in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion vermehrt verloren gegangen zu sein.

Wertungen und Tatsachen werden **a priori miteinander vermischt**, mit dem Ergebnis, dass eine versachlichte Auseinandersetzung kaum mehr möglich wird und am Ende Entscheidungen getroffen werden, **die weder effizient noch gerecht sind**. Es ist an der Zeit, in der Gesellschaft diese neue (Un-)Kultur kritisch zu reflektieren und darüber nachzudenken, ob diese Art der Moralisierung in Politik und Wirtschaft wirklich dazu geeignet ist, die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Herzliche Grüße aus Düsseldorf

Un

Univers. Professor Dr. Volker Boehme-Neßler
- Wissenschaftlicher Beirat -

Un

Univers. Professor Dr. André Schmidt
- Geschäftsleiter Strategie -